

*Zur Zeit der nationalsozialistischen Diktatur 1933-45 waren viele Deutsche von Adolf Hitler und der NSDAP überzeugt. Es gab aber auch Menschen, die sich der willkürlichen Schreckensherrschaft und den Verbrechen der Nazis entgegenstellten. Diese Männer und Frauen kamen aus allen Teilen der Gesellschaft. Bekannte Beispiele sind die Geschwister Scholl oder die Gruppe des 20. Juli um Graf von Stauffenberg. Auch die Arbeiter\*innenschaft spielte eine wichtige Rolle im Widerstand. Das gilt auch für Ostwestfalen und Lippe. Schließlich haben aber nicht die Widerstandskämpfer\*innen Deutschland von den Nazis befreit, sondern die Alliierten. So stellt sich die Frage: Arbeiter\*innwiderstand in Ostwestfalen-Lippe: Wirksam, umsonst, erinnerungswert?*

---

Die Mehrheit der Handlungen, die aus heutiger Sicht als Widerstand gegen den Nationalsozialismus bezeichneten werden, wurde von der NS-Justiz als „Hochverrat“ abgeurteilt. Dieser Tatbestand war in der Weimarer Republik unverändert aus dem Kaiserreich übernommen worden. Die Nazis änderten das Gesetz, um Andersdenkende leichter verfolgen zu können: Eine Reihe von Verordnungen ermöglichte, den Tatbestand des „Hochverrats“ auszuweiten. Die so genannte „Reichstagsbrandverordnung“ vom 28.02.1933 führte zu einer Verschärfung, sodass Todesurteile noch einfacher ausgesprochen werden konnten. Die am ersten März erlassenen „Verordnung des Reichspräsidenten gegen Verrat am Deutschen Volke und hochverräterische Umtriebe vom 28 Februar 1933“ führte „Hochverrat“ als Fahrlässigkeitsdelikt ein. Fortan war es zum Beispiel möglich, dass Drucker, die „hochverräterisch“ Texte herstellten, des „Hochverrats“ belangt werden konnten, ohne den Inhalt der Texte zu kennen. Bestehende Delikte wurden ausgeweitet, um Widerständler\*innen lückenlos zu verfolgen. Im April 1934 wurden jene Änderungen am Hochverratstatbestand als „Gesetz zur Änderung von Vorschriften des Strafrechts und des Strafverfahrens“ festgeschrieben.

Die Nationalsozialisten schufen weitere Tatbestände: „Heimtücke“ bedeutete, falsche oder aus dem Zusammenhang genommene Behauptungen, die dem Wohl oder Ansehen des „Reichs“ und seiner Regierung oder der Partei und deren Verbänden schaden könnten, zu äußern. Der „Volksverrat“ deckte ähnliche Tatvorwürfe, die auf Handlungen im Ausland zuträfen, ab. „Heimtücke“ und „Volksverrat“ wurden hauptsächlich zur Verfolgung von Einzelpersonen, deren Äußerungen nicht als organisierter Widerstand aufgefasst wurden, herangezogen. Das Vergehen der „Wehrkraftzersetzung“ wurde mit der „Kriegssonderstrafrechtsverordnung“ vom 17. August 1938 geschaffen. Darunter wurden neben Verstößen gegen die soldatische Dienstpflicht auch Äußerungen von Zivilist\*innen, die den Willen der Deutschen zur „wehrhaften Selbstbehauptung“ beeinträchtigen könnten, gefasst. Auch Zweifel am Sinn des Krieges oder der militärischen Lage wurden als „Wehrkraftzersetzung“ angeklagt. Mit Beginn des Krieges wurde die „Verordnung über außerordentliche Rundfunkmaßnahmen“ eingeführt. Sie stellt das Hören ausländischer Radiosender unter Strafe. Zuvor war dies nur vereinzelt als „Vorbereitung zum Hochverrat“ strafbar gewesen, etwa wenn sich Kommunist\*innen über das sowjetische Radio Moskau informierten. Das Hören von ausländischen

Sendern war weit verbreitet, weshalb öffentliche Kampagnen (M5.5/M5.6) dagegen veranstaltet wurden.

*Text nach: Zarusky, Jürgen: Einleitung. In: Zarusky et al. (Hrsg.): Widerstand als „Hochverrat“ 1933-1945. Erschließungsband zur Mikrofiche-edition. München, 1998. S. 14-28.*